

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Abnehmer 1.50 Mk. für die Woche, 6.10 Mk. für den Monat...

Sonnabend, den 10. September 1921

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen...

Klares Gefechtsfeld!

Der Reichstagsler Dr. Wirth ist ein frommer Zentrums- mann und wir zweifeln nicht, daß ihm der Spruch aus Petri bekannt ist: „Der Teufel geht umher wie ein brüllender Löwe und sucht, welchen er verschlinget.“

„Der Reichstagsler Dr. Wirth erklärte, er halte die Ver- ordnung vom 29. August aufrecht und werde sie vor dem Reichstag vertreten. Die Verordnung werde aber jetzt gleichmäßig nach beiden Seiten aus- geführt und Friedensstörungen sowie Ver- zerrungen einzelner Persönlichkeiten wür- den durch geeignete Maßnahmen unterdrückt werden.“

Der Kapitulation vor dem Großkapital ist nunmehr offi- ziell die Verbeugung vor den Rechtsparteien erfolgt. Der Ber- liner Polizeipräsident bezieht sich, in einer Verordnung vom 7. September, die Frontkämpferfeier und Orgeschäfte feierlich unter dem Schutz der republikanischen Sicherheitsmacht zu stellen.

Wie sieht es im proletarischen Lager aus? Der erste Aufmarsch nach der Ermordung Erzbergers fand das gesamte Proletariat einig. Die Führer der sozialdemo- kratischen Parteien und der Gewerkschaften hatten, wie jedes- mal, wenn sie von der Massenempörung vorwärts gepöbelt werden, Forderungen erhoben, für deren Durchführung die gesamte Arbeiterschaft sich einsetzte.

licher, daß die SPD. und USPD. den großen Aufmarsch der deutschen Arbeiterklasse zu einer Parteiangelegenheit machen wollen. Der Willensstrom der deutschen Arbeiter wird systematisch von den sozialdemokratischen Führern abgedämmt.

Am Mittwoch morgen haben die Führer der USPD. und SPD. erneut zusammengesessen und beschlossen, „einen Druck auf die Regierung“ nach der Richtung auszuüben, daß sie mit aller Energie die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern verlangen. Das Ziel: Aufhebung des Ausnahme- zustandes in Bayern, ist gut. Es ist das Ziel der gesamten Arbeiterschaft. Aber das eine ist klar: durch einen Druck auf die Reichsregierung wird dieses Ziel heute nimmermehr erreicht.

Die sozialdemokratischen Führer versuchen, die Massen zu täuschen, indem sie in ihr die Illusion aufrecht erhalten, als seien die gegenwärtigen Kämpfe zu lösen durch parlamentarische Konzessionen — ohne das aktive Eingreifen der Arbeiter.

Die kommunistischen Arbeiter müssen unter ihren Kameraden diese Illusionen zerstreuen. Sie müssen in den Betrie- ben und Gewerkschaften ihre wirtschaftlichen und politischen Forderungen verbinden und ultimativ die sofortige Durchführung derselben verlangen. Sie dürfen sich nicht durch Versprechungen auf parlamentarische Abhilfe einlassen, sondern müssen nach wie vor kämpfen für:

- 1. Restlose Entwaffnung der reaktionären Formationen (Orgesch, Einwohnerwehr, Stahlhelm, Koffbich usw.); 2. Entfernung aller offenen und verkappten Monarchisten aus Reichswehr, Verwaltung, Justiz; 3. Wahl der Vorgesetzten in der Reichswehr und Schupo durch Mannschaften, Wahl der Richter durch das arbeitende Volk; 4. Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, Frei- lassung aller politischen Gefangenen; 5. Bildung eines organisierten Selbstschutzes der schaffenden Massen zur Sicherung obiger Forderungen.

Das Blutbad in Speyer. — Drei Arbeiter getötet.

Zu den gefrigen blutigen Zusammenstößen in Speyer wird der „Sächsischen Zeitung“ noch gemeldet: Tausende von aufgeregten Personen zogen vor das städtische Polizei- gebäude, um die dort befindlichen Personen zu befreien, die seinerzeit in das Regierungsgebäude eindrangen und die dort aufgehängten monarchistischen Bilder herunter- rissen und vernichteten. Die Verhafteten waren aber bereits in das Landgerichtsgefängnis in Frankenthal ein- geliefert. Eine große Anzahl Personen aus der Menge drang nun in das Polizeigebäude ein und bedrohte die Beamten. Aus den Reihen der Demonstranten wurden scharfe Revolvergeschosse abgefeuert und Handgranaten ge- worfen. Bis jetzt sind drei Personen als getötet gemeldet: eine große Anzahl Personen wurde schwer und viele leicht verwundet. In den Straßen herrscht unbeschreibliche Aufregung.

Gemeinsames Vorgehen der drei Arbeiterparteien in Frankfurt.

Heute wurde folgendes Telegramm an den Reichs- innenminister, Dr. Gradow, abgefaßt: Die Vertreter der drei Arbeiterparteien Großfran- kfurt erklären nach gemeinsamer Aussprache, daß ihre Parteien geschlossen hinter den fünf Forderungen der Frankfurter Arbeiterschaft stehen. Sie fordern die so- fortige Aufhebung des Verbotes kommunistischer Zei- tungen. Sie erklären, daß sie die Unterdrückung kommu- nistischer Blätter seitens des Reichsinnenministers aufs schärfste mißbilligen.

Riesenaufrmarsch des Chemnitzer Proletariats.

Chemnitz, 7. September. Heute nachmittags 3 Uhr fand in Chemnitz die Verur- dung des im Kampf für die Republik gefallenen Genossen Garreis statt. Die SPD., USPD., USPD., und das Ge- werkschaftsblatt hatten gemeinsam die gesamte werktätige Bevölkerung von Chemnitz zur Beteiligung an der Verur- dung aufgefordert. Der Straßenbahnverkehr ruhte von 12 bis 6 Uhr nachmittags. Die Betriebe waren am nach-

mittag geschlossen. Der Leiche des Genossen Garreis folg- ten 75 000 Arbeiter und Arbeiterinnen, wäh- rend noch einmal 75 000 Proletarier zu beiden Seiten der Straßen Spalier standen. Genosse Hedert sprach am Grabe zur Chemnitzer Arbeiterschaft und forderte, daß die Solidarität nicht nur vor dem Tode geübt werden müsse, sondern auch unter den Lebenden.

Die Chemnitzer Polizeidirektion hatte eine Bekannt- machung erlassen, in der sie darauf hinwies, daß Tanz- belustigungen am Tage der Beerdigung des Genossen Gar- reis unterlassen werden sollen. Sipo war von den Straßen zurückgezogen.

Bildersturm in Heidelberg.

Außer in den schon gemeldeten größeren Orten fanden und finden noch immer Demonstrationsveranstaltungen gegen die Reaktion auch in mittleren und kleineren Orten Badens statt. Diese werden fast immer gemeinsam von den drei sozialistischen Parteien veranstaltet. Besondere Vorkommnisse sind außer in Heidelberg bis jetzt nicht zu verzeichnen.

In Heidelberg, wo die stillgelegten Orgeschorgani- sationen eine Hauptfiliale hatten, herrscht der alte Geist noch besonders offensichtlich. Kronen, Wappen, Postleieranten- tafeln und andere schöne Dinge zieren die Straßen. Bei dem einzug, der in Heidelberg nach einer großen Demonstration stattfand, räumten die Demonstranten mit diesen Ueberbleibseln der alten guten Zeit recht gründlich auf. Die Schieber und Tafeln monarchistischen Charakters wurden zerstört und an der Kaiser- und Kronprinzenstraße die Ramenschilder herunter ge- rissen. Außerdem gingen die Fensterscheiben der reaktionären Zeitung „Bädische Post“ in Trümmer.

Streik faßt der gesamten Arbeiterschaft in Magdeburg.

Am Montag hatten bereits die Magdeburger Transport- arbeiter die Arbeit wegen Lohnunterschieden niedergelegt. Nun- mehr nahmen auch die übrigen an den Lohnbewegungen be- teiligten Gewerkschaften der Metall-, Textil- und Bekleidungs- industrie an der Gesamtlöhnbewegung Stellung. Mit ausföhr- licher Mehrheit wurde ein sehr wichtiger Schiedsgericht des Ge- werkschaftsrates Magdeburg durch Abstimmung in den Betrie- ben abgelehnt. Seit Mittwoch früh heißt fast die gesamte Ar- beitererschaft Magdeburg im Streik.

Werden auch die Arbeiter vor Bayern kapitulieren?

Der Konflikt zwischen Rahr-Bayern und dem Reich schleppt sich weiter. Die Vertreter der bayerischen Regierung und der bayerischen Koalitionsparteien verhandeln — jedoch ohne Vollmacht! — mit der Regierung Wirth. Es ist nicht be- kannt, daß die Regierung den bayerischen Vertretern irgend- welche Mindestbedingungen gestellt hätte. Sie beharrt nicht etwa auf der Forderung der Aufhebung des Belagerungs- zustandes, sie hat sie vielmehr glattweg preisgegeben. Denn was bedeutet es anderes, wenn über die Verhandlungen mitgeteilt wird („Berliner Tageblatt“):

Die bayerischen Vertreter machten bezüglich des Aus- nahmezustandes zahlreiche Wünsche geltend, von denen die Reichsregierung nicht glaubte, sie mit ihrem Standpunkte vereinbaren zu können. Im weiteren Verlauf der Be- sprechung trat eine gewisse Annäherung zutage. Es wurden dabei bestimmte Vorschläge erörtert. Es besprach man die Frage,

auf welche Weise vielleicht eine Milderung in der Kon- struktion der Handhabung des Ausnahmezustandes her- beigeführt werden könne, und zwar auf dem Wege einer in gewissen Grenzen gehaltenen Dezentralisation.

Ferner wurde der Vorschlag gemacht, an Stelle des gegen- wärtig für Beschwerden zuständigen Ausschusses des Reichs- rats eine Art Schiedsgericht für Beschwerden gegen Zeitungsverbote zu schaffen. Alle diese Fragen sind jedoch bei den gefrigen Besprechungen, die sich recht schwierig gestalteten, noch zu keinem Abschluß gelangt.

Was kann die Rahrregierung sich besseres wünschen, als einen dezentralisierten Belagerungszustand? Die „Tägliche Rundschau“ führt eben heute ihren bayerischen Freunden an- schaulich vor Augen, wie gut sich auch mit dem Reichsausnahme- zustand gegen die Arbeiter regieren läßt:

Wir vermögen nicht einzusehen, warum Bayern diesem Verlangen, vielleicht mit einigen den besonderen Verhält- nissen Bayerns Rechnung tragenden Einschränkungen, nicht nachkommen kann. Nachdem die Reichsregierung selbst ein Ausnahmegesetz geschaffen hat, kann ja auch die bayerische Regierung mit ihm arbeiten und dem Reich ein Vorbild geben, daß man es nicht nur nach rechts, sondern auch nach links anwenden kann, was allerdings die Ausnahmegeföh- freudigkeit gewisser Kreise etwas dämpfen würde.

Voraussetzung wäre natürlich, daß endlich einmal fest- gestellt würde, ob die Eberischen Verordnungen nur nach Berliner Weisung zur Ausführung zu kommen haben oder ob die Landesregierungen sie nach ihrem Ermessen voll- strecken können. Solange aber zum Beispiel die sächsische rote Regierung frieblich, den Zwecken der Verfassung und Beruhigung dienende Vorträge, wie den des volks- parteilichen Abgeordneten Admiral Brünninghaus auf Grund der Verordnungen verbietet, und die Reichsregierung achsel- zuckend sagt, daß sie gegen die sächsische Regierung nichts machen könne, kann auch die bayerische Regierung, die sich überdies noch auf Baden berufen kann, diese Verordnungen nach ihrem Ermessen anwenden. Ueberdies halten wir die Regierung Rahr für stark genug, etwaigen Prüfversuchen entgegenzutreten, da sie die große Mehrheit des Landes hinter sich hat, und weiter würde, wenn die Ruhe des Lan- des erneut ernstlich gefährdet würde, der Erneuerung des Belagerungszustandes verfassungsrechtlich nichts im Wege stehen.

Die Reichsregierung lenkt auf der ganzen Linie ein. Der Berliner Polizeipräsident, ein Sozialdemokrat, erläßt die Ver- ordnung zum Schutz monarchistischer Versammlungen gegen Landfriedensbruch. Der Minister des Innern, auch ein Sozial- demokrat, lehrt das Verbot eines Vortrags des Admirals S ch e e r, eines gemäßigteren Konterrevolutionärs, auszürück- ziehen ab. Die deut. „nationale“ Presse quitiert das Entgegen- kommen mit lässiger Befriedigung: „Die Behörden lenken ein“.

Die Reaktion, voran Rahr-Bayern, denkt gar nicht an ein Einlenken. Heute schon triumphiert sie, daß die Reichsregierung die Aufhebung des bayerischen Belagerungszustandes nicht wagen darf. In Speyer wird unter der gegen die Reaktion demonstrierenden Arbeiterschaft, trotz der sanften Vorstellungen der Reichsregierung wegen der Schießerei in Coburg, ein neues Blutbad veranstaltet. Drei Tote, viele Schwer- verletzte sind bis jetzt gemeldet. Rahr läßt sich bei keinem Wüten gegen die Arbeiterschaft nicht dreinreden. Die bayerische Orgesch-Presse, die zum Schweigen zu bringen die Reichsregie- rung schon völlig aufgegeben hat, heißt weiter: „So schreibt die „Münchener Zeitung“ gestern an leitender Stelle:

„Man möge sich in Berlin nicht täuschen; wenn Herr v. Rahr wollte, so bedürfte es nur der klaren Unterdrückung des bayerischen Volkes über das, was man Bayern schon an- getan hat und noch antun will, verbunden mit der kurzen Frage, ob dies hingenommen werden solle, um einen Sturm zu hegen, der im ganzen Lande zu entfesseln. Wenn dies nicht geschieht, so ist das wahrscheinlich ein Verzicht aus Großmut und aus ernstlicher Erwägung der möglichen Folgen, die vielleicht über die gewollten Demonstrationen gegen Berlin weit hinaus gingen. Ob nicht trotzdem eines Tages gar nichts anderes übrigbleibt, als die letzte Ent- scheidung dem Volke selbst zu überlassen, läßt sich heute noch nicht sagen. Wir können aber mitteilen, daß diese Gefahr in den letzten Tagen viel Boden gewonnen hat.“

Und die offiziöse Bayerische Volkspartei-Korrespondenz

Die bayerische Staatsregierung kämpft in diesen Tagen um die deutschen Ideale. Was man verlangen könnte, wäre, daß bei den Staatsverträgen der anderen deutschen Länder aus eigenem Interesse Verständnis für die gegenwärtige Kampfstellung Bayerns im Reich bestünde. Das historische Mandat, das Bayern als Vorkämpfer des bundesstaatlichen Gedankens besitzt, kann auf die Dauer nur mit Erfolg ausgeübt werden, wenn die übrigen deutschen Länder den Berliner Zentralismus und die Vernichtung ihrer letzten staatlichen Rechte nicht widerstandslos über sich ergehen lassen. Es gibt Augenblicke in der Geschichte, wo man sich mit der ganzen Blut seines Herzens für eine Idee einsetzen muß, weil die Methoden des täglichen Lebens in der Praxis nicht ausreichen, das Schicksal zu meistern. Bayern kann in diesem Kampfe um die wahrhaft deutsche Staatsform wohl Auser im Streite sein und die Fahne vortragen, zum Siege ist aber die Gefolgschaft aller jener in Deutschland notwendig, die nicht willens sind, Deutschland auf der sozialistischen Einheits-Staatslehre zugrunde gehen zu lassen.

Bayern wird hier als Vorkämpfer der gesamten deutschen Reaktion, die ganz Deutschland erobern will, proklamiert. Die Regierung Wirth hat sich offenbar schon völlig dareingefunden, daß an der bayerischen Festung nicht zu rütteln ist und versucht nur noch, mit einem blauen Auge aus dem Streit mit Bayern davonzukommen. Die bürgerlichen Mittelparteien sind längst ins Lager der Reaktion befestigt und die Arbeiterklasse wagt Wirth zum Kampf gegen Bayern nicht aufzurufen.

Die beiden sozialdemokratischen Parteien wollen aber immer noch die Aktion der Arbeiterklasse von der Aktion der Reichsregierung abhängig machen. Sie versuchen sorgfältig deren schmähliche Kapitulation vor der Reaktion. Die U.S.P. Bayerns erklärt einen Aufruf, dessen Schluß durch die ganze Presse geht. Dieser Schluß lautet:

„Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Bayerns hofft, daß die Reichsregierung vor Bayern keinen Schritt zurückweicht. Der Ausnahmezustand muß fallen, der schändlichen Sonderpolitik Bayerns muß endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Wir wenden uns an die Arbeiterklasse mit der Aufforderung, wachsam zu sein, und jeden Tag und jede Stunde bereitzustehen für den Fall, daß die durch Bayern gefährdete einheitliche deutsche Republik den Ruf an sie ergehen lassen wird!“

Die deutsche Republik, die Regierung Wirth, hat bewiesen, daß sie den Kampf gegen die Reaktion nicht zu führen imstande ist. Soll der Kapitulation der Reichsregierung vor Bayern die Kapitulation der Arbeiterklasse folgen?

Politische Uebersicht.

Sabotiert das „Internationale Rote Kreuz“ die Auslandshilfe?

Der „Temps“ fordert Lenin als Preis.

BRN. Paris, 8. September. Die „New York Herald“ aus Genf meldet, werden die Abmachungen Kaufens mit der Sowjetregierung vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes nicht gebilligt und Kaufes Ueberschreitung seines Mandats vorgeworfen.

Das Internationale „Rote Kreuz“ hat sich in seinen Auslandskorrespondenzen, die verschiedenen kontinentalen Nachrichtenbüros dienen sollen, schon einen Namen gemacht. Man wird abwarten müssen, ob es wirklich angeht, das Millionenende den Mut anbringt, seine eigentliche Bestimmung, Hilfe zu bringen, weiter zu verschönern.

Wenn über die Absichten der kontinentalen französischen Bourgeoisie bei der Hilfsaktion noch ein Zweifel gewesen wäre, so braucht man nur den Leitartikel des „Temps“ vom 1. September zu lesen, den er den Aufgaben der Kommission widmet, die unter Führung Roussels zunächst in Russland die „Grundlagen der Hilfeleistung“ studieren soll. Er läßt vor allem durchblicken, daß die Erlaubnis Schiffsbesatzungen für die Reise der Kommission erst noch abzuwarten ist, und erinnert daran, daß, nachdem im März 1920 Lloyd George vergeblich die Einreiseerlaubnis einer Rotes-Kreuz-Kommission durchzusetzen versuchte, er nach zwei Monaten Heranziehen dann doch eine abschlägige Antwort erhielt, was die Aussichten der heute geforderten Enquete kennzeichnet. Aus den Aufgaben, die der „Temps“ der jetzigen Kommission zuweist, erkennt man dann, wie richtig die Ruffen mit der Anweisung der Spione gehandelt haben. Der „Temps“ meint nämlich: „Welcher Meinung man auch über die bolschewistische Lehre sein mag, so wird man einsehen müssen, daß eine in Russland von unangehörigen Männern geführte Expedition für die Prute, die jetzt Russland regieren, zum Nutzen werden kann. Diese Reise der ausländischen Fachleute, von der russischen Regierung wohl aber über gelassen, die von den „Bourgeois“-Regierungen geschickt sind, wird bestätigen, daß das Sowjetregime in den letzten Tagen liegt, und daß keine Drahtzieher es wissen.“ Er prophesiert weiter, wie die Unternehmung mit einem Ueberflusse von Details zeigen werde, die bolschewistische Propaganda nach der Richtung der hunderttausenden, daß der Kommunismus eine Katastrophe (andererlei für alle die, die sich von ihm gänzlich lassen, dürfte. Und man versteht, warum jede wirkliche Zusammenarbeit sowie etwa die geplante des christlichen Kaufes getätigt werden müsse, wenn der „Temps“ weiter schreibt: „Es besteht also die größte Hoffnung, daß die Moskauer Regierung sich dafür entscheidet, die Unternehmung unendlich zu machen, wenn dadurch auch gleichzeitig die Hilfe weiterreichen muß. Das russische Volk braucht Brot, wenn es dafür auch Lenin und alle seine Bolschewisten bezahlen müßte.“

Die französische Bourgeoisie und mit ihr die kaiserliche Bourgeoisie aller Länder wird Brot nicht geben wollen, wenn es Lenin und aller seiner Bolschewisten gekauft werden könnte. Deshalb kann die Hilfsaktion nur erlöschen aus der Hand der beiden proletarischen Regierungen, denen sich angeschlossen hat, dessen Menschheitsgefühl größer ist als sein Klassengefühl.

Die deutsche Regierung bricht die Verträge mit England.

Im Berliner Substrich liegt nun schon in der fünften Woche des russischen Bürgerkriegs „Kriegsfall“, das bei seinem Eintreffen 800 deutsche Kriegsgewehre aus England mitbrachte, die in Zusammenarbeit angekauft wurden. Das Schiff hatte den Auftrag, die gleiche Anzahl Russen anzunehmen und außerdem 600 Tausend landwirtschaftliche Geräte zu laden. Dieser Auftrag konnte es nicht ausführen, da gleich nach seiner Ankunft in Ostend von den Hafenbehörden erklärt wurde, daß es in Quarantäne gehen müsse, da unter den angekauften Gewehren zwei Schusswaffen versteckt seien. Obwohl nun ein russischer Schiffsarzt des Generalstabes Englands von der Kriegsgewehrkommission herbeigeholt, daß diese Verletzung auf einem Irrtum beruhe, werden dennoch die kriegswichtigen Maßnahmen gegen das Schiff ausgesetzt. Es liegt weit draußen, was allen Seiten durch Zeitungsberichte bewahrt, die nichts sagen mit Schweigen arbeiten, und ist nur jeder Berichtung mit dem Lande verbunden. Obgleich jetzt die Quarantänezeit schon vor zwei Wochen ab-

gelaufen ist, tritt keine Änderung in der Behandlung des Schiffes ein. Da sanitäre Gründe nach der ganzen Sachlage nicht mehr vorliegen können, nimmt man hier allgemein an, daß sich die Hafenbehörden durch politische Gesichtspunkte bestimmen lassen. In Kreisen der kleineren Kaufleute ist man mit der strengen Isolierung des Schiffes sehr unzufrieden, da dadurch der Kaufmannschaft große Kaufstrüme entgangen sind. Wie bestimmt verurteilt, liegt im Hinblick auf die Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen England und Deutschland eine Anweisung der Reichsregierung an die Stettiner Hafenbehörden vor, den Russen keine unnötigen Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Damit dürfte sich aber keinesfalls die Tatsache verbinden, daß die Schiffbesatzung schon seit fünf Wochen nicht an Land gehen darf, obwohl sie indigest im Besitz ordnungsgemäß von ihrer Regierung ausgehender Personalausweise ist.

Daß es sich hier nicht um ein Versehen handelt, geht daraus hervor, daß ein im Hamburger Hafen liegendes Sowjethandelschiff genau so gehandhabt wird. Es ist nach dem sogenannten Friedhof gebracht worden, einem Teil des Hamburger Hafens, in dem nur Brack liegen, und steht unter strengster Bewachung der Sipo, die die russischen Seeleute nach altpreußischen Muster zum militärischen Appell antreten läßt. Kein Matrose darf an Land gehen, während die Seeleute aller anderen Nationen sich ungehindert in Hamburg bewegen dürfen.

Die Regierung muß endlich einmal erklären, ob sie denkt, sich noch im Kriegszustand mit Sowjetrußland zu befinden, oder etwa glaubt, daß alle Verträge mit der russischen Regierung der Arbeiter und Bauern als ein Fegen Papier zu behandeln sind. Von Uebergriffen einzelner Beamten kann jetzt wohl nicht mehr die Rede sein, da diese unerhörten Zustände schon seit Wochen bekannt sind.

Außerdem wird man den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Karl Heuse in Hamburg, der für die Maßnahmen der Hamburger Sipo verantwortlich ist, wohl schwer als einen Beamten monarchistischer Schule ansprechen können, wenn man von seinen Verhören während des Krieges, die Hamburger Arbeiterjugend in den Dienst kurratriotischer Jugendwehren zu stellen, absieht.



Euer täglich Brot

Arbeiter, ist enorm verteuert worden. Schnallt den Hungerriemen enger, denn ihr könnt die hohen Preise nicht bezahlen. — Die teilsweise Freigabe der Getreidewirtschaft war eine Liebesgabe der Reichsregierung an die Ugrarier.

Die Folge ist die unerschwingliche Steigerung der Brotpreise.

Die gegenwärtige Regierung wird gebildet aus bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie. Diese Parteien tragen auch die Verantwortung für die Teuerungswelle.

Mit der Vereindung soll nun die kapitalistische Wirtschaft wieder aufgerichtet werden.

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Hämmert diese Exekution in die Gehirne eurer Leidensgenossen! Schafft die unwiderstehliche, kampfbereite Armee der Millionen Entrechteter und Unterdrückter!

Es geht um eure Existenz!

Die Partei des revolutionären Proletariats, die kommunistische Partei wird an eurer Seite stehen!



Dennoch proletarische Ueberwachungsanstalten!

Wiederum, wie nach dem Rapp-Putsch, droht die Gefahr, daß die Arbeiterklasse bei ihrem Kampfe gegen die Reaktion auf halbem Wege stehen bleibt, und, statt sich reale Sicherungen zu verschaffen, sich mit Versprechungen der Regierung und „Loyalitätserklärungen“ der monarchistischen Parteien und Beamten zufrieden gibt. Noch hat sich die Arbeiterklasse nicht in ernsthaftem Kampfe mit der Reaktion gemessen, noch hat sie ihr nur den äußeren Glitzer heruntergeriffen, ihre wirkliche Macht aber unangetastet gelassen. Niemand, auch die Presse der SPD und der U.S.P. nicht, befreit das. Und es ist eben die Frage über den Erzbergermord die unangenehmste Notwendigkeit, diesmal ganze Arbeit im Kampfe gegen die Reaktion zu machen, proklamiert hat.

Genau ist also für die gesamte Arbeiterklasse die Frage gestellt, mit welchen Mitteln sie den Kampf gegen die Reaktion in geschlossener Front weiter und zum Siege führen kann. Die SPD hat zu diesem Ende durch ihren Vertreter im Ueberwachungsansatz des Reichstages und in ihrer Presse die Bildung proletarischer Ueberwachungsanstalten aus Vertretern der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften gefordert, die die Entlohnung der Verwaltung von den reaktionären Beamten mit durchzuführen und überwachen sollen. Die Arbeiter der SPD und U.S.P. haben feierlich erwidert, daß ihre Führer entweder diese Forderung sich zu eigen machen oder aber eine andere, ihnen geeigneter erscheinende vorschlagen würden. Statt dessen erfolgt eine „Antworts“ des Gewerkschaftsbundes, daß seine Mitglieder sich die kommunistische Parole nicht zu eigen machen sollten und ein Gezeiter der „Freiheit“ folgenden Wortlaut:

„Die reaktionäre Presse bringt allenthalben Mitteilungen über angebliche Freischaffungen der Kommunisten. Bei diesen Mitteilungen ist aber lediglich der Name der Partei des Schandens. Irrendes Kommunismus hat allerdings eine neue Parole angehängt, die er dieses Mal „Ueberwachungsanstalten“ nennt. Die gewaltige Masse der Arbeiterklasse denkt aber gar nicht daran, Parolen von dieser Art anzunehmen zu lassen, sondern sie wird, wie bisher, gefolgt zu kommen und sich selbst zu beschützen.“

lich nach den Anweisungen richten, die von den sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften ausgehen. Das Proletariat wird der Reaktion dieses Mal keine Gelegenheit zu einem billigen Triumph dadurch geben, daß es sich durch unverantwortliche und unkontrollierbare Persönlichkeiten zu Zielaktionen hinreichend läßt.“

In dieselbe Herde haut der „Vorwärts“, der fortwährend vor kommunistischen Sonderaktionen warnt und damit der reaktionären Presse, die den Kommunismus als Ablenkungsmanöver benutzen möchte, Wasser auf die Mühlen leitet.

SPD- und U.S.P.-Führer wissen ganz genau, daß die kommunistische Partei nur dann in einen Kampf eintreten wird, wenn sie gewiß ist, breite Schichten der Arbeiterklasse mit sich zu führen. SPD und U.S.P. haben bisher noch kein konkretes Mittel zur Fortführung des Kampfes vorgeschlagen — es sei denn die „Stärkung der Organisation“. „Vorwärts“ und „Freiheit“ mögen sich äußern, was sie an der Forderung der proletarischen Ueberwachungsanstalten auszuweisen und was für tauglichere Mittel sie zum Kampf gegen die Reaktion vorzuschlagen haben, sonst dürfen sie sich weder verwundern noch beklagen, wenn die Arbeiter ihrer Parteien trotz aller „Anweisungen“ den Parolen der Kommunisten Gefolgschaft leisten.

Die Straßender Schupo auf Seiten der Reaktion.

Aus Straßburg wird uns geschrieben: Die Straßburger Reaktionsäre hatten am Sonntag, den 4. August, nachmittags 4 Uhr, nach dem Ueugum eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher der bekannte kommunistische Mittelmann, Stettin, sprechen wollte. Die Straßburger Arbeiterklasse versammelte sich zu einer mächtigen Gegendemonstration. Kaum hatte der Genosse Hesselbarth seine Ausführungen auf dem Platze vor dem Ueugum begonnen, als ein Ausgebot von Schupo-Leuten in Stärke von zirka 50 Mann, schwer bewaffnet zu Fuß und zu Pferde erschien, um den Platz zu säubern. Ein junger Leutnant forderte mit seiner knabenhaften Stimme die nach tausenden zählende Menge auf, unerbittlich den Platz zu räumen, wenn Blutergießen verhindert werden sollte. Eine furchtbare Empörung entstand bei den versammelten Arbeitern. Genosse Kirchmann und Hesselbarth forderten den Leutnant im Interesse der Ordnung auf, die Soldaten zurückzugehen. Der Leutnant aber erklärte, auf höheren Befehl zu handeln. Darauf trieben die Schupo-Soldaten die Masse mit Knütteln und Kolbenköpfen vorwärts. Nur dem dauernden Dazwischentreten der Vertrauensmänner der Arbeiter ist es zu danken, wenn nicht wieder Arbeiterblut geflossen ist, denn die Schupo hatte die schußfertigen Gewehre auf die Masse gerichtet. Die Arbeiter ordneten sich wieder zu einem Demonstrationenzug und zogen nach dem Gewerkschaftshaus. Die Schupo aber hielt den Platz vor dem Versammlungsort der Mittelmannversammlung bis abends besetzt und ließ nur diejenigen durch, welche sich ausweisen konnten. Als Ausweis galt ein von den Deutschnationalen herausgegebenes Billett. Wer aber den Einbruch eines Arbeiters machte, kam auch mit diesem nicht in die Versammlung. Nach Beendigung der Landesverraterversammlung wurde die Schupo wieder zurückgezogen.

Am Mittwoch abend versammelte sich die hiesige Arbeiterklasse zum Protest gegen die Reaktionsäre und Polizeiwillkür und gegen das Schandregiment des hiesigen Schupomajors Heimann.

Munitionstransporte der Orgehe?

Berlin, 8. September.

Die aufgelösten bewaffneten Orgehebanden bringen heimlich Waffen und Munition in Sicherheit. Die Regierung denkt nicht daran, sie dabei zu fassen. Nur hin und wieder werden solche Waffentransporte „aufgedeckt“, und zwar dann, wenn beim Transport Munition usw. verloren gegangen ist. So meldete am 6. Sept., vormittags, die Bahnpolizei Lichtenberg-Friedrichsfelde der Schuppolizei, daß sie auf dem dortigen Bahnhof zwischen den Geleisen 10 Granaten gefunden hätte. Ein Oberwachmeister stellte fest, daß es sich um 10 Granaten, Kaliber 10,5, handelte, die zum Teil ungeschützt waren. Der Beamte sicherte die Munition und brachte sie nach dem Hauptdepot für Waffen und Munition in Reinickendorf.

Daß die 10 Granaten, Kaliber 10,5, nicht ein harmloser Spaziergänger verloren hat, sondern die Granaten die verloren gegangenen Stücke eines größeren Transportes sind, ist sehr wahrscheinlich. Ueber den Zweck des Transportes sowie Absender und Empfänger der Munition wird uns die Eisenbahnbetriebsverwaltung Auskunft zu geben haben. Die Arbeiter aber werden ein ganz besonderes Augenmerk auf solche Munitionstransporte zu richten haben, um sie in Zukunft verhindern zu können.

Nach der „Gat“waffnung.

Aus Oserode wird uns geschrieben: Die während des Krieges aufgelöste Schützengilde hat eine Abteilung eingerichtet. Zur weiteren Aufstellung ist eine Jungschützenabteilung eingerichtet, der junge Männer im Alter von 16-20 Jahren beitreten können. Zum 1. Vorsitzenden der Gilde wurde der Kreisrat und Major a. D. Borst gewählt. Es soll ein eigener Schießstand eingerichtet werden.

Behörden unterstützen u. Rapp.

Genosse Dr. Meyer-Ostpreußen hat im preussischen Landtag folgende Anfrage eingebracht: Laut Pressemeldung hat der Landwirtschaftsminister Barthold selbst Zustimmung dazu gegeben, daß das beschlagene Gut Wilfen des Hochverraters v. Rapp freihändig gegen einen sehr niedrigen Preis an den Sohn v. Rapp verpackt worden ist.

Billigt das Staatsministerium diese indirekte Unterstützung eines Hochverraters durch den Landwirtschaftsminister? Eine Schanzler in Leipzig vertritt. Die von der Deutschen Volkspartei für den Abend des 6. September angelegte Schanzler, bei der Reichstagsabgeordnete Dr. Mittelmann sprechen sollte, ist vollständig verbotener worden. Reichstag, unbillig und im Widerspruch mit der Reichsverfassung! Der Deutsche Offiziersbund, der Nationalverband deutscher Offiziere und der Reichsoffiziersbund 1920 haben bei dem Reichspräsidenten gegen das Verbot des Tragens von Uniformen seitens verabschiedeter Offiziere als verlegend, unbillig und mit der Reichsverfassung im Widerspruch stehend nachdrücklich Verwahrung eingelegt.

Schließung der Weferwerf.

L.-U. Bremen, 7. September. Infolge des Beschlusses der Arbeiterklasse der Weferwerf Schließung der Weferwerf, den Streit mit allen Mitteln fortzusetzen, hat sich die Weferwerf geschlossen, nunmehr die Weferwerf schließung und die Weferwerf geschlossen zu werden.

Vereinigungs-Kongress der Freien Arbeiter-Unionen Deutschlands.

Nach monatelangen Vorbereitungen fanden sich am Sonntag, den 4. September, nachmittags 2 Uhr, in Halle zahlreiche Delegierte der Freien Arbeiter-Union Gelsenkirchen, des Freien Landarbeiterverbandes und des Hand- und Kopparbeiterverbandes zusammen. Der Genosse Joachim-Mitteldeutschland eröffnete die erste Sitzung mit einer martigen Ansprache, in der er mitteilte, daß sich die heutige Sitzung erst mit der formalen Vereinigung der drei oben erwähnten Verbände zu befassen habe. Der eigentliche Kongress solle dann am Montag beginnen.

Als erster Punkt wurde dann gegen 4 Uhr das Referat B. Dörr-Mitteldeutschland auf die Tagesordnung gesetzt. Es beschäftigte sich mit der Frage der Einheitsorganisation. Der Redner führte unter anderem aus, daß sich die drei-Organisations, die jetzt verstreut sind, werden sollten, zusammenfinden müßten, lokal, bezirksweise, dann nach Wirtschaftsgebieten und zentral im Reichsmaßstab. Die Einheitsorganisation müsse sich aus Industrieverbänden zusammensetzen. Jetzt habe man bereits die wichtigsten Industriezweige, Bergbau, Eisen- und Staats-, Ackerbau- und Gemeindefabrikanten, sowie den Handel, erfasst. Da die Gewerkschaften jetzt dauernd nicht nur Einzelmitglieder, sondern ganze Vereine ausschließen, so werde es nicht lange dauern, bis die Einheitsorganisation alle Industriezweige umfasse.

Der Redner ließ erkennen, daß er nicht auf dem Boden der Beschlüsse des Moskauer Gewerkschaftskongresses steht. U. a. kritisierte er einen Auspruch aus einem Artikel von ihm, der sagt, daß man sich weder von denen, die rechts, noch von denen, die links von der Gewerkschaftsbürokratie, noch von den politischen Organisationen daran hindern lassen dürfe, die Einheitsorganisation zu schaffen. Es sei viel Streit darüber, ob die Parole „Heraus aus den Gewerkschaften“ falsch sei. Doch man müsse begreifen, daß sich eine bestehende Organisation ausbreiten wolle. Im übrigen aber müsse man eine Form finden, um diese Sache anders zu regeln. Der Redner schloß dann mit einer Kampfaufforderung.

Der Geschäftsführer der F.A.U. Gelsenkirchen, Hammer, verlas dann ein Schreiben der Roten Gewerkschaftsinternationale an die Tagung. Das Schreiben wurde mit großer Anteilnahme und äußerster Ruhe aufgenommen. Man fühlte, daß der größte Teil des Kongresses unter dem Banne dieses Schreibens stand, das sicherlich dem ganzen Kongress seinen Stempel aufdrücken wird, wenn anders überhaupt noch ein weiteres Zusammenarbeiten möglich sein soll. Der Kernsatz des Schreibens, daß die sich vereinigende F.A.U. begreifen müsse, daß die Gewerkschaften nicht zerstört, sondern erobert werden müßten. Die F.A.U. müsse daher brüderlich mit den Teilen der Gewerkschaften zusammengehen, die die Revolutionierung der Gewerkschaften wollen.

Ein Versuch der Geschäftsleitung, nun noch eine Resolution, die die Vereinigung beschließt, durchzusetzen, wurde glücklicherweise verhindert und die Sitzung auf Montagvormittag 9 Uhr vertagt. Erst muß man sich über die Bedingungen von Moskau und das Referat Dörr verständigen, ehe man sich vereinigen kann.

Der 2. Verhandlungstag

begann wiederum mit einem unerfreulichen Auftakt. Der Genosse Joachim wurde durch nicht endenwollende Geschäftsordnungsanträge, aufgestellt, gestört, die Verhandlungen zu führen. Er legte sein Amt nieder. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte setzte sich der Kongress über diese Schwierigkeiten hinweg und wählte den Angeklagten Hammer, Rheinland, zum Vorsitzenden.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurden die Geschäftsberichte erstattet. Interessant daraus waren folgende Zahlen. Die Presse der Gelsenkirchner hat eine Auflage von 126 000. Zahlende Mitglieder im Rheinland 90 000, in Mitteldeutschland 10 000 und in Oberschlesien 15 000. Die Mitgliedschaft ist nach der Märzaktion zurückgegangen.

Bemerkenswert war die Erklärung Bogeneds (F.A.U.), daß man sich den Beschlüssen des Moskauer Gewerkschaftskongresses fügen werde, wenn man von dieser Seite her nicht „diktatorisch“ vorgehen würde.

Die Oberschlesier berichteten, daß bei der Ausschüttung der Entschädigungen für durch den Vollenstand hervorgerufene Arbeitslosigkeit und Arbeitsverlust nur die Gewerkschaften bedacht worden seien. Die Union habe man geschritten. Allerdings eine recht einseitige Reichsmittelverwendung.

Der Bericht der Hand- und Kopparbeiter, den Lejch erstattete, zeigte, daß es diese sonderbare Gründung, die auf das rücksichtslose Vorgehen der Gewerkschaften gegen die aus dem Kriege zurückkehrenden Kollegen zurückzuführen sei, auf ganze 621 Mitglieder gebracht hat. Sie will vor allen die Staats- und Gemeindebetriebe revolutionieren.

Der Bericht des Gen. Bachmann über den Freien Landarbeiterverband zeigt, daß es diese Organisation, die ihre Gründung dem Ausschluß einiger Führer des alten Verbandes verdankt und denen einige Organisationen nachließen, auf 24 500 Mitglieder gebracht hat.

Der Gesamteindruck war, daß die Unionen auf keinen Fall in den Fehler verfallen dürfen, von sich aus die Gewerkschaftsbewegung in die Hand zu bekommen. Sie müssen sich klar werden, daß sie nur durch die Zersplitterungsstendenzen der Gewerkschaftsbürokratie entstanden sind und ein notwendiges, aber immerhin ein Uebel bilden.

Nach einer zweistündigen Mittagspause begann die Diskussion über den Geschäftsbericht, die nichts wesentliches zutage förderte. Nach Mitteilung der Mandatsprüfungskommission sind 209 Delegierte anwesend, von denen 170 auf die F.A.U., 15 auf den F.L.V. und 24 auf den Hand- und Kopparbeiter-Verband entfallen.

Dann erhielt Barthels, Gelsenkirchen, das Wort zu dem Bericht über den Moskauer Gewerkschaftskongress. Das Referat war trotz aller Minderförmigkeit ein scharfer Angriff auf die Moskauer Tagung. Der Redner führte aus, daß man am 13. September 1920 den Beschluß gefaßt habe, sich der Roten Gewerkschaftsinternationale anzuschließen. Mitte Dezember, seit der Anschlag an Moskau genehmigt wurde, doch habe man erst im Januar 1921 Kenntnis erhalten. Im Februar sei das offizielle Schreiben eingelaufen. Inzwischen hatte die F.A.U. mit der R.P.D. einen Vertrag geschlossen, der die Parole: „Heraus aus den Gewerkschaften!“ verbot. Dieser Vertrag sei nun ausgedrückt von der F.A.U. verlegt worden, weil sie trotzdem die Parole erließ: Heraus aus den Gewerkschaften! Die R.P.D. sei zuerst vertragsbrüchig geworden, weil sie ihr Versprechen, alle aus den Gewerkschaften ausschließenden Kommunisten der F.A.U. zuzuführen, nicht gehalten habe.

Eine Sammelwoche in Tangermünde.

die gemeinsam mit der USPD. veranstaltet wurde, und alle Bevölkerungsschichten umfaßte, brachte über 2000 Mark ein. Da sich die USPD. für die Ablieferung des gelamten Betrages an das Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland nicht entschließen konnte, wurde der Betrag geteilt und sind 1000 Mk. sofort an das Komitee Arbeiterhilfe abgeliefert worden. — Die vor kurzem veranstaltete **Sammlung für Oberschlesien** wurde weit **übertroffen**. Diese Tatsache beweist wiederum, daß das Bürger-tum selbst für nationale Zwecke nichts übrig hat und bestrebt ist unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit die Groschen aus den Taschen der werktätigen Bevölkerung zu ziehen. Das Beispiel der Tangermünder Arbeiterschaft zeigt, daß die internationale Solidarität und Opferfreudigkeit im Proletariat lebendig ist.

Auf dem Moskauer Kongress habe sich sofort gezeigt, daß die F.A.U., wie auch die F.V.L. und die Syndikalisten, als Kongreßteilnehmerin zweiten Ranges behandelt werden sollten, daß man überlegte, ob man weiter in der Roten Gewerkschaftsinternationale verbleiben könne. Auch heute muß ich noch erklären, daß sich die selbständigen Organisationen für benachteiligt halten. Nach wie vor müsse die F.A.U. auf dem Standpunkt verharren, daß eine Revolutionierung der Gewerkschaften unmöglich sei und diese zertrümmert werden müssen. Trotzdem wolle er die Kongreßbeschlüsse anerkennen, um eine Zerreißung der revolutionären Front zu verhindern. Er fasse die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften so auf, daß sie mit der F.A.U. für eine gemeinsame Zuführung in die Einheitsorganisation sorgen sollten. Die F.A.U. würde sich dabei nichts vergeben.

Die „Rote Gewerkschaftsinternationale“ hat an den Kongress durch den Genossen Hedert ein Schreiben überreichen lassen, das ganz im Sinne der Moskauer Beschlüsse gehalten ist und von den Unionen ein offenes Bekenntnis verlangt, daß sie endgültig der Parole „Heraus aus den Gewerkschaften!“ entsagen.

3. Verhandlungstag

Der Dienstag Vormittag begann mit einer unerhörten Provokation des Kongresses durch die Halle'sche Polizei, der ein Rechtsjournalist Delz vorstieß. Sie verhaftete den Vorsitzenden Hammer auf Grund eines Haftbefehles aus dem Jahre 1919, der längst erloschen ist. Eine Kommission wurde gebildet, die sofort beim Polizeipräsidenten vorstellig

wurde. Gegen 11 Uhr wurde Hammer wieder aus der Haft entlassen. Inzwischen hatte Holz, Essen, den Vorstich übernommen. Dörr, Mitteldeutschland, gab dann folgende Erklärung ab: „Infolge des Berichtes des „Rassentamp“ vom 5. 9. 1921 erkläre ich, daß ich gewillt bin, zu versuchen, daß ich unsere Organisation mit den Theesen von Moskau in Einklang bringen will.“

Dann erhielt Genosse Hedert von der Zentrale der R.P.D. Abteilung Gewerkschaft, das Wort zu seinem Referat. Er betonte scharf, daß es nicht darauf ankommen könne, sich gegen sie zu überlassen. Es müsse klar gesagt werden, was ist. Kein Kompromiß sei denkbar. Dann gab Hedert einen vorzüglichen Bericht vom Moskauer Kongress der Gewerkschaften und holte in großen Strichen nach, was Barthels veräußert hatte. In einer beißenden Kritik wies dann Genosse H. Barthels nach, in was für eine Bundesbürokratie er die F.A.U. auf dem Weltkongress gebracht habe. Man sei mit der F.A.U., die zu diesem Kongress ein Begrüßungsschreiben gesandt habe, des Inhalts, daß der Anschlag an Moskau eine konterrevolutionäre Tat sei, zusammen gegangen. Ferner mit den Syndikalisten aus Schweden, die jetzt in antibolschewistischer Propaganda machen. Dann zeigte H., wie notwendig es sei, die Gewerkschaften zu erobern. Die spanischen und französischen Syndikalisten denken nicht daran, die Gewerkschaften zu zerstören, sondern sie zu erobern. In dem Beispiel der F.V.L. wies er nach, daß diese einst eine Million Arbeiter umfassende Organisation mit so revolutionärer Vergangenheit jetzt nur noch 15 000 Mitglieder habe, während jetzt die Kompart-Gewerkschaften in Amerika im Begriff sind, sich umzustellen. Aus allem müsse die F.A.U. erkennen, daß die Parole „Heraus aus den Gewerkschaften!“ eine Gefahr für die revolutionäre Entwicklung

bitbe. Der Moskauer Kongress verlange nicht, daß sich die F.A.U. wieder den Gewerkschaften anschliesse, er verlange nur, daß jene Parole aufgegeben werde und daß die Union dann in Gemeinschaft mit der Opposition in den Gewerkschaften für die Revolutionierung des Proletariats Sorge. Würde der Kongress sich eindeutig auf die Moskauer Beschlüsse festlegen, dann könne man eine Vereinigung mit der Roten Gewerkschaftsinternationale herbeiführen.

Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Dann wurde eine Reihe von Anträgen verlesen, von denen einige sich immer noch auf den Boden der Parole „Heraus aus den Gewerkschaften!“ stellten, während ein von 22 Delegierten unterschriebener Antrag sich klar und rücksichtslos auf den Boden der Beschlüsse des Moskauer Kongresses stellt.

Eine lebhafte Diskussion setzte ein, die als Unterion bei fast allen Rednern durchklingen ließ. „Moskau hat unrecht, aber wir wollen uns fügen“. Besonders deutlich war das bei Schypel, Mitteldeutschland.

Bogened gab dann für die Geschäftsleitung eine Erklärung ab, die sich auf den Boden der Beschlüsse stellt und die Annahme derselben empfiehlt. Die Geschäftsleitung wolle auch wieder in die Partei eintreten.

Holz, Essen, trat klar für die Beschlüsse ein, während Lejch und andere noch immer Bedenken äußerten, und Scholz, Oberschlesien, eine Kampfansage an die Partei richtete.

Dann wurde eine von Walcher und Hedert unterschriebene Erklärung verlesen, in der der Standpunkt der R.P.D. scharf und klar präzisiert ist und vom Kongress ebenso klare Antwort verlangt wird.

Nach der Mittagspause wurde die Diskussion fortgesetzt, die aber keine neuen Momente mehr brachte.

Für den abgereiften Genossen Hedert stellten Genosse Walcher in seinem Schlusswort fest, daß der Kongress kein günstiges Bild entrollt habe. Von einer wahren Einigung für Moskau sei wenig zu spüren gewesen. Wenn die F.A.U. nicht gründlich sich umstelle und die Parole „Heraus aus den Gewerkschaften!“ ausbe, ihre Agitation in Wort und Schrift nicht ändere, sei kein gedeihliches Arbeiten möglich.

Entweder oder, ein klares Ja oder Nein, ein drittes gäbe es nicht.

Barthels führte in seinem Schlusswort nichts anderes aus, als in seinem Referat. Aus seiner Rede klang wiederum der Gedanke, der sich durch den ganzen Kongress zieht, „wir haben recht, aber wir fügen uns doch“.

Dann wurden die Anträge noch einmal vorgetragen. Der Vorsitzende Hammer stellte dann nicht den oben erwähnten Antrag, als den weitestgehendsten, zur Abstimmung, sondern einen etwas behäbteren, der im wesentlichen sich jedoch auf den Boden der Moskauer Beschlüsse stellt. Die Abstimmung wird namentlich vorgenommen.

Für den Antrag stimmen 298 Stimmen, dagegen 48.

Dann wurde einstimmig die Verschmelzung der drei Verbände beschlossen, die sich von nun an nennen „Union der Hand- und Kopparbeiter-F.A.U.“. Ferner nahm man eine Entschädigung an, die alle aus der Partei ausgetretenen Mitglieder verpflichtet, wieder in diese einzutreten. Gegen 19 Uhr abends wurde der Kongress auf Mittwoch vormittag vertagt.

Die vier Tage des Sean Gourdon.

4) Von Emile Zola.

Ich habe mir seit vorgenommen streng bei der Wahrheit zu bleiben. Als die ersten Kugeln pfliffen, hielt das Bataillon plötzlich inne und hatte Lust, zu fliehen.

„Vorwärts! Vorwärts!“ riefen die Führer.

Aber wir fanden wie angenagelt und senkten die Köpfe, wenn eine Kugel an unseren Ohren vorbeispriffte. Diese Bewegung ist instinktiv: nur Scham hielt mich davon ab, mich der Länge nach in den Staub zu werfen.

Vor uns lag ein großer Rauchvorhang, den wir nicht zu durchschreiten wagten. Rote Blitze durchzuckten diesen Rauch. Und wir zitterten und rücken immer noch nicht vor. Aber die Kugeln erreichten uns; einige Leute stürzten heulend zu Boden. Die Führer schrien lauter:

„Vorwärts, vorwärts!“

Die Reihen hinter uns drängten uns vorwärts und zwangen uns, vorzugehen. Da schlossen wir die Augen, nahmen neuen Anlauf und stürzten uns in den Rauch hinein.

Eine wilde Wut hatte sich unser bemächtigt. Als der Ruf: Halt! ertönte, waren wir kaum zu halten. Sobald man stillsteht, kommt die Angst wieder, am liebsten möchte man davonlaufen. Das Gewehrfeuer begann. Ohne zu zielen, schossen wir gerade aus, und es gewährte uns Erleichterung, in den Rauch hineinzustürzen.

Ich erinnere mich, daß ich ganz mechanisch schuß, ich preßte die Lippen fest aneinander und schloß die Augen: ich hatte keine Angst mehr, denn ich muß geschossen, ich mußte nicht mehr, ob ich überhaupt noch lebte. Der einzige Gedanke, der in meinem Schädel hochte, war der, daß ich sterben müsse, bis alles zu Ende sei. Mein Raub zur Linken bekam eine Kugel mitten ins Gesicht und fiel auf mich herauf; ich stieß ihn roh zurück und wuschelte meine Hände ab, über die kein Blut geylloffen war. Und ich schuß weiter.

Ich erinnere mich noch an unseren Oberst, einen Herrn von Montrevert, der sich stolz und gerade auf seinem Pferde und sah ruhig zum Feind hinüber. Dieser Mann erschien mir riesenhaft. Er hatte kein Gewehr, nur ein abgenutztes, und seine Brust bot sich hoch über uns in seiner ganzen Breite als

Ziel dar. Von Zeit zu Zeit senkte er den Blick und rief uns mit trockener Stimme zu:

„Aufschließen! Aufschließen!“

Wie die Schätze drängten wir uns zusammen und gegen immer schießend sturmpfännig über tote hinweg. Bis dahin hatte der Feind uns nur Gewehrfeuer geschickt; jetzt ertönte ein dumpfer Knack, eine Kanonenkugel rief fünf von uns fort. Eine Batterie, die uns gegenüberstand, mußte, die wir aber nicht sehen konnten, hatte das Feuer eröffnet. Die Granaten schlugen in unsere Reihen ein und bahnten sich blutige Wege, die wir unaufhörlich mit dem Eigensinn wilder Tiere wieder verstopften.

„Aufschließen! Aufschließen!“ wiederholte kalblütig der Oberst.

Wir waren Kanonenfutter. Mit jedem Mann, der da fiel, kam ich dem Tode einen Schritt näher, ich näherte mich dem Orte, wo die Granaten einschlugen und die Leute zerrissen, die zu sterben hatten. Die Reihen häuften sich an dieser Stelle, und halb schlugen die Geschosse nur noch in einen Haufen toten Fleisches; Fegen von menschlichen Gliedern flogen bei jedem Einschlag in der Luft herum. Wir konnten nicht mehr aufschließen.

Die Soldaten brüllten, sogar die Führer wurden mitgerissen.

„Das Bajonett — pflanzt auf! Marsch, marsch!“

Und unter einem wahren Regenguss rannte das Bataillon den Augen entgegen. Der Rauchvorhang zerriss; auf einem kleinen Hügel erblickten wir die feindliche Batterie, die uns roflammend aus den Räukern ihrer Geschütze Feuer entgegenpfe. Aber der Sturm war nicht aufzuhalten, die Geschütze hielten vor tote auf.

Ich lief neben dem Oberst Montrevert, dessen Pferd gefallen war und der nur wie ein einfacher Soldat neben mir kämpfte. Plötzlich wurde ich niedergeschlagen; mir war, als öffnete sich meine Brust und als würde meine Schulter fortgenommen. Ein furchtbarer Wind strich über mein Gesicht.

Und ich sank um. Der Oberst fiel neben mir. Ich fühlte mich sterben, ich dachte an meine Lieben und verlor das Bewußtsein; meine Hand suchte den Ort, von dem Dämon Sagare...

ich wieder zu mir kam, lag ich auf der Seite im Staube. Dieses Erstaunen machte mich noch kraftloser. Mit weitgedörrten Augen blickte ich umher und sah doch nichts; mir war, als hätte ich keine Glieder mehr und ein leeres Hirn. Ich hatte keine Schmerzen, denn das Leben schien mein Fleisch verlassen zu haben.

Schwer wie geschmolzenes Blei schien die Sonne auf mein Antlitz. Ich fühlte es nicht. Allmählich kam ich ins Leben zurück; meine Glieder wurden leichter, nur meine Schulter blieb wie zermalmt von ungeheurer Last. Dann wollte ich mich im Instinkt des verwundeten Tieres erheben. Ich stieß einen Schmerzensschrei aus und fiel zurück.

Aber ich lebte jetzt wieder, ich sah, ich begriff. Die Ebene lag nackt und öde ganz wech unter der hochstehenden Sonne. Die Ebene zeigte ein Bild der Verwüstung unter der glühenden Helle des Himmels; Haufen von Leichen schliefen in der Blut, selbst die ungehauenen Bäume schienen verwesende tote zu sein. Kein Lufthauch. Ein grauenhaftes Schweigen stieg aus den Leichenhügeln; dann durchschritten für Augenblicke dumme Klagen diese Stille und ließen sie lange erschauern. Am Horizont über den Hügeln zogen winzige Rauchwolken und farbten den strahlendblauen Himmel grau. Auf den Hügeln lag das Gemetzel weiter.

Ich glaubte, wir hätten gesiegt, und ich genoß das eigentümliche Vergnügen, mir zu sagen, daß ich auf dieser einsamen Ebene in Frieden sterben könnte. Um mich herum war die Erde schwarz. Als ich den Kopf erhob sah ich einige Meter vor mir die feindliche Batterie, die wir gestürmt hatten. Der Kampf mußte fürchterlich gewesen sein; der Hügel war mit zerlegten und entstellten Leichen übersät; das Blut war so reichlich geflossen, daß der Staub ein großer roter Leichenschleim über die Leichen streuten Kanonen ihre dunklen Mäuler. Ich zitterte, als ich das Schweigen dieser Kanonen hörte.

Dann gelang es mir endlich mit unsäglicher Vorsicht, mich langsam auf den Bauch zu drehen. Ich hätte meinen Kopf auf einen großen, mit Blut bespritzten Stein und zog Daniel Zagars Brief aus meiner Tasche. Ich legte ihn vor mich hin; aber vor Tränen konnte ich nicht lesen.

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten.

Demonstration der Straßenhändler. Die prügelnde Sipo.

Die neue Regierungsverordnung, die den Breslauer Straßenhandel so „regeln“ wird, daß vier Fünftel aller Straßenhändler verschwinden und erwerbslos werden, hatte die Händler zu einer imposanten Demonstration, die am Dienstag auf dem Schloßplatz stattfand, veranlaßt. Die Händler, die auf dem Frühmarkt keinerlei Einkäufe gemacht hatten, waren vollständig erschienen. Gauleiter Moser hielt die Ansprache und betonte, daß die neue Verordnung den Ruin sämtlicher Straßenhändler bedeute. Es wurde eine Entschließung angenommen und gefordert:

1. Anerkennung der Organisation und Zuziehung bei allen Verhandlungen, bevor neue Anweisungen ergehen.
2. Zurücknehmen aller willkürlichen Bestimmungen, die jeden Polizeibeamten die größte Willkür in die Hand geben.
3. Existenzberechtigung wie jeder andere Staatsbürger.

Es wurde beschlossen, die Forderung beim Polizeipräsidenten zu vertreten. In größter Ordnung zogen die Händler durch die Oberstraße nach dem Polizeipräsidenten. In der Mitte des Zuges versuchte die Sipo, denselben auseinanderzureißen. Einige Beamte schlugen blind auf die Händler ein. Als dies einigen Demonstranten zu dummen wurde, nahmen sie einen Handwagen und „deckten“ drei Sipo-Leute damit zu.

Der Herr Liebermann, der viel Zeit hat, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ zu lesen, und keine Zeit gegen die Orgeisch, nahm die Händler nicht ernst, was man ja von diesem Herrn nicht verlangen kann. Er überwies die Sache dem Polizeirat Thiemann. Die Händler ließen aber nicht locker. Herr Liebermann versprach schließlich auf sein Wort, vor dem Inkrafttreten der Verordnung mit der Händlerorganisation noch mal zu verhandeln. Ferner erklärte er sich bereit, die Organisation „anzuerkennen“. (Demgegenüber hat der Genosse-Oberpräsident Zimmer die Anerkennung unter Berufung auf die Gewerbeordnung (!) abgelehnt.) Auf Anweisung des Polizeirats Thiemann wurden sofort alle Sonderbestimmungen, die als Schikanen von der Sipo gegen die Händler ausgenutzt werden, rückgängig gemacht.

Durch Polizeiverordnung kann man nicht einen Erwerbszweig ohne weiteres beseitigen. Tausende von Kriegsbeschädigten sind auf dieses gewiß nicht immer angenehme Brot angewiesen. Deshalb war die Demonstration vollauf berechtigt.

Messebilder und ihre Reife.

Durch die Verkehrsadern Breslaus pulst das Leben! Die Bourgeoisie gibt sich ein Stelldichein. Sie sind gekommen aus aller Herren Länder, um hier ihre Geschäfte zu machen. — Blinde Autos, moderne Roben; reizende Florstrümpfe — Parfüms — alles was zur fatten Bourgeoisie gehört.

Dichte Menschenmengen drängen sich durch die Meitropole Breslau, der Schweidnitzer Straße. — Satte Gesichter, behäbige Zufriedenheit. — Gejunde Frauen — frohes ungetrübtes Lachen.

Am Lauenzienplatz.

In dem Gewimmel der Menschen stehen und hocken die Opfer des Krieges und erbetteln sich von den sie nicht achtenden Bourgeois einige Almosen! — Von denen, die satt sind, einige Groschen! — Wie jagt doch Heine? „Es gibt zwei Sorten von Ratten, die Hungrigen und die Satten.“

Man geht vorüber und wirft den armen Leuten einige Beutelpfennige in den Hut. — Die „Pflicht“ ist getan. — Sie können dann mit „ruhigem Gewissen vor ihren Gott“ treten.

Da auf dem Lauenzienplatz, mitten auf dem Bürgersteig, sitzt ein Kriegsbeschädigter, der sich nur auf der Erde rutschend fortbewegen kann. — Sein Aufenthalt ist die Straße — während die Almosengeber in Palästen wohnen. Das Elend sieht man nicht.

In der Nähe des Ringes gehen mitten in dem Menschenmännel zwei barfüßige junge Menschen — ein Junge und ein Mädchen — barfuß und zerföhren! — Die fatten Kapitalisten und ihre Trabanten sehen nichts oder sie schütteln sich und gehen weiter. — Sie, die auf der Messe fast alle ihre Bekannde nach dem Auslande verkaufen, wie Stoffe, Kleider, Strümpfe, Stiefel und sonstige nützliche Gebrauchsgegenstände, die damit den benutzten Proletariern die Möglichkeit nehmen, sich zu kleiden, sie gehen an dem Elend vorbei und sehen es nicht.

Damit nun die Bourgeois die deutsche Wirtschaft weiter unterwühlen, d. h. Deutschland in ein Warenhaus des Ausverkaufes verwandeln, bewilligen die Parlamentarier die „Wiederanbau“ heißt das, wenn Millionen aus Steuergrößen den Kapitalisten in den Hals geworfen werden! Die SPD. und USV. sind damit einverstanden und planieren den Weg des „Wiederanbaus“, der über Arbeiterleiden geht.

Abend.

Bogenlampen erleuchten taghelt die Verkehrsadern der Stadt, die die Bourgeois ihre Straßen nennen. — In den Straßen der Arbeiterschicht und Nichtstufenern brennt dann und wann eine Gasflamme. Was kommt es darauf an, ob sich ein Prolet, eine Arbeiterschicht, Arm, Deiner oder Genid bricht! Die Hauptfrage ist: die Drogen bleiben gesund.

Aus den Hotels und Schlemmerrestaurants bringen die Duffe kostbarer Speisen. — Es scheint, als sollen darübergehende Proletarier sich wenigstens an dem Geruch der Speisen, die die Drogen der Gesellschaft verschleimen, laben dürfen.

Es wird später. Aus den Wein- und Schnapsstuden ichwanen Geschäften, die Blut und Schweiß der Proletarier in Geld gewandelt, und nun bei Wein und Schnaps ihren Geist beschelben haben.

„Streichhölzer gefällig!“ „Zigaretten, englisch, deutsch“, so laut es aus den dunklen Nebengassen an die Passanten der Schweidnitzer Straße. Alte, weisse Arbeiterfrauen, Kinder, Kriegsbeschädigte, hungernde Mädchen, alles handelt, alles will leben von den Groschen der Kartagenis — noch das ist zum Verzweifeln zu viel, zum Leben zu wenig.

Wie die Kapitalisten alles kaufen, so kaufen sie auch das Weib. — Gepuderte und geschminkte Mädchen, die ihren Leib veräußern, um zu leben, in auffallende Gewänder gekleidet, mischen sich in das Menschengewühl des Abends. — Die Bourgeois stellen ihnen nach. — Sie haben ja verdient! — Was spielt da ein Weib für eine Rolle! — Brosamen dem Glend! Gefüllte Schüsseln für die Satten.

Wenn die Polizeistunde vorbei, beginnt das Leben in den „Nachtlokalen“, die nur dem Vertrauten bekannt, wo dann Selt und Wein in Strömen fließen und 1000 Mark eine Bagatelle sind.

Wenn die Messe vorbei, dann schreibt die ganze bürgerliche Pressemeute von dem glänzenden Verlauf der Messe, von dem ungeheuren Menschenstrom, der sich in Breslau Straßen bewegte, von den guten Geschäften, die die Aussteller, die Breslauer Geschäftswelt, die Hoteliers usw. gemacht und das es nötig ist von Regierung wegen, Breslau bei den Messeszuschüssen zu berücksichtigen.

Die bürgerliche Presse spricht von dem Glanz der Bourgeoisie. Sie lobt auch Gewerbe, Fleiß und Arbeit, d. h. aber nicht die der Millionen von Proletarier. — Das Elend in Breslau existiert nicht. Für das Elend gibt's Brosamen oder Maschinengewehre.

Arbeiter, hämmert in euer Hirn das Wort: „Wacht auf, Verdamnte dieser Erde.“

Der Herr Liebermann droht der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“.

Herr Liebermann, Breslaus Polizeipräsident, ist ein eifriger Leser unserer Zeitung. Diese eingehende Lektüre machte sich seither in unzähligen Strafanträgen und Beschlagnahmungen bemerkbar. Verbieten konnte der Herr Präsident seither die Zeitung nicht. Jetzt ist diesem Verbot abgeholfen. Die Verordnung des Reichspräsidenten Ebert, die herausgegeben wurde, um gegen die reaktionären Preßlokalen vorzugehen, läßt sich auch gegen links anwenden. Der Herr Liebermann hat aus einer der letzten Nummer zwei Stellen als besonders anrühlich gefunden

Öffentliche Frauenversammlung!

Am Montag, den 12. September, abends 8 Uhr, spricht in den Zentral-Balkalen Genosin Rosi Wolffstein-Berlin über

Die Frau im Kampf gegen Hunger und Elend!

Unsere Mitglieder müssen für einen Massenbesuch sorgen.

und hat uns ein Schreiben geschickt und hat gnädigst davon Abstand genommen, diesmal Maßnahmen zu treffen. Er kühn aber im Wiederholungsfall mit Beschlagnahme und zeitweiligem Verbot gegen uns vorgehen.

Folgende Stellen haben es ihm besonders angetan: „Eine tiefe Erbitterung im Volke gegen die räuberischen Steuerpläne der Regierung Wirth-Bauer“; „Entweder mit den Reichen und ihrer Regierung die Armen weiter ansaugen und bedrücken oder zur Linderung der Massennot entschlossen und rücksichtslos den Kampf gegen die Bourgeoisie und deren Herrschaft aufnehmen. Dieser Kampf kann nicht in parlamentarischen Schwachbuden durch Vertreter ausgefochten werden. Ihr selbst müßt ihn führen in Betrieben usw.“

Als ob es nicht Tatsache ist, daß eine tiefe Erbitterung gegen die unerhörte Zenerung, gegen die Steuern, die überwiegend in Form von indirekten von den breiten Massen bezahlt werden. Die breiten Massen werden auch die direkten Steuern der Kapitalisten und Junker bezahlen müssen; denn diese werden durch Verteuerung ihrer Produkte die Konsumenten damit belassen.

Es ist doch selbstverständlich, daß gegen diese Verelendung die Arbeiterklasse mit den stärksten Mitteln Sturm laufen muß. Es besteht doch noch kein Gesetz, wonach „gewöhnliche Sterbliche“ widerstandslos verhungern müßten. Daß die Parlamente dem Volke nichts bringen, ist eine alte Sache. Die Proletarier müssen in der Urzelle der Arbeit, in den Straßen, Häuten, Betrieben, Werkstätten, Büros, überall ihre Werte schöpfende Kraft erkennen. Sie müssen dafür kämpfen mit allen Mitteln, diese Kraft in ihrem eigenen Interesse richtig anzuwenden, damit endlich der Zustand aufhört, daß eine kleine Sippe feister Bourgeois sich allen Luxus, alles Wohlleben gönnen kann, während trotz gesteigerter Produktion die Arbeiter sich nichts kaufen können.

Die „rote Fahne“ hat verächtlich den Polizeipräsidenten Liebermann als Sozialdemokraten bezeichnet. Liebermann ist ja nun alles andere als ein Sozialdemokrat. Seine offene und verdeckte Unterstützung der Orgeisch

läßt ihn vielmehr als einen wackelnden Reaktionsär erkennen, der tanzt, wie seine „Freunde“ von der Rechten pfeifen.

Sozialdemokratische Polizeipräsidenten unterscheiden sich aber nicht allzusehr von ihren anderen Kollegen. Haben doch die Polizeipräsidenten von Halle, Frankfurt a. M. und Königsberg, die alle „Sozialdemokraten“ sind, unsere Parteizeitungen verboten auf Grund der Verordnung des Herrn Ebert. Es zeigt sich eben, daß zwischen den radikalen Reben, wie sie jetzt von der SPD. geschwungen werden, und den von positiver Mitarbeit durchgeführten „Genossen-Präsidenten und Landräten“ ein großer Unterschied ist. Sorgen wir dafür, daß die Arbeiter der SPD. dieses Zwitterdasein endlich erkennen.

Aus dem Waldenburger Revier.

Waldenburg. Noch haben sich die Gemüter über den vor kurzem berichteten Fall der grausamen Mißhandlung eines Taubstummen auf der Polizeiwache nicht beruhigt, und schon können wir wieder von einem sonderbaren Vorgang von dort berichten.

Spaziergänger und Besucher des Rathausplatzes hörten in den Abendstunden eines Tages vergangener Woche plötzlich lautes Hilfesgeschrei auf der Polizeiwache ertönen. Als sich auf dieses hin eine große Menschenmasse vor der Wache ansammelte, wurden von innen die Vorhänge gezogen und damit jeder Einblick verperrt. Das Geschrei verstummte dann langsam.

Herr Bürgermeister Dr. Wiesner!

Bar der nach Hilfe rufende auch ein Taubstummer, der plötzlich seine Sprache wiedergefunden hatte und dadurch seine Freude bekundete? Oder was ging dort vor? Die Arbeiterchaft hat wohl ein Recht zu erfahren, was in den Institutionen vorgeht, die sie mit ihren sauer verdienten Groschen bezahlen muß. Interessant wäre es auch zu erfahren, mit was die Polizeibeamten jetzt beschäftigt werden, die, da die Sipo nun das Feld beherrscht, fast vollständig aus dem Straßenbild verschwunden sind.

Weiter möchten wir noch eine Anfrage an die zuständige Stelle richten.

Warum transportieren hin und wieder Sipobeamte Festgenommene nach dem Sipoquartier in die katholische Mädchenschule nach der Sandstraße und nicht sofort nach der Polizeiwache?

Um Aufklärung wird gebeten.

Fellhammer. In dem Bericht über die Versammlung, in der Frau Ansohn sprach („Schles. Arbeiter-Zeitung“, Nr. 197 vom 4. September), ist im letzten Absatz, Zeile 12, der Name des Stadtverordneten, der von dem Vorgang bei Genossen Demosty der Polizei Mitteilungen machte, verhehentlich weggeblieben. Es ist dieses der SPD.-Stadtverordnete Fritz Zappe, Waldenburg, Erpedient der „Schlesischen Bergwacht“.

Literatur.

Das Leunawert. Lehren aus der Märzaktion (31 Seiten), Franke Verlag, G. m. b. H. Leipzig, Berlin 1921. 2 Mt.

An die kurz vorher erschienenen Publikationen unseres Parteiverlages über die „Märzaktion“ reiht sich als eine wirksame Ergänzung dieser Schriften „Das Leunawert“ an. In kurzen, sachlich und gedanklich zusammenhängenden Kapiteln, deren Inhalt sich häufig neben selbständigen Feststellungen auf das amtliche Material: „Die Märzunruhen und die preussische Polizei“ stützt, wird behandelt: Das deutsche Proletariat und der Bürgerkrieg — Vorbedingungen und Ausbruch des mittel-deutschen Aufstandes — Die bewaffneten Kämpfe — Komite der Aufstand siegen? — Das Leunawert — Banden oder organisierte Truppen. Durchaus folgerichtig wird in dem Büchlein nachgewiesen, daß ein „Bandenkrieg“ innerhalb Deutschlands nicht mit der schnellen Niederlage der Teilnehmer an einem solchen Kleinkriege enden muß und daß die Taktik der reinen Defensiv auch die günstigste Position zur Kapitulation zwingt oder die Vernichtung ihrer Verteidiger herbeiführt. Nebenher wird folgerichtig gezeigt, daß die Märzaktion durchaus spontanen Charakter hatte und daß der bewaffnete Aufstand nur durch das Einrücken der Hörsingertruppe hervorgerufen worden ist. Der Titel der Schrift ist das Schlagwort für den gebantlichen Inhalt.

Zu haben in der „Komm. Bucherei“, Breslau V, Gräbiger Str. 40.

Versammlungskalender.

Gärtlich. Internationaler Bund der Kriegsoffizier. Sonntag, den 11. September, „Gartensch“ im „Berlins Hof“, zugunsten der Kriegswaisen und -Kinder.

SPD.-Ortsgruppe Gärtlich. Mitgliederversammlung am Montag, den 12. September, abends 8 Uhr im „Bismardgarten“, Bismardstraße. Wichtige Tagesordnung. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

SPD. Breslau. Alle Genossinnen müssen am Montag, abends 5 Uhr, vor der öffentlichen Versammlung zu einer wichtigen Besprechung im Parteibüro erscheinen. Ortsleitung.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Jannas, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, G. m. b. H. Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H. Berlin SW 48.

Schnapselhaus.

Opernplatz. Täglich 7 1/2 Uhr. Das „Schnapselhaus“ Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr. Wiederaufbau. Der Herr u. Lady Sings. Die „Schnapselhaus“.

Zeltgarten

Täglich 7 1/2 Uhr. Frisches Sommerfrucht in Breslau.

Uchicht-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr. Das große Monats-Programm.

Demnächst erscheint:

Band 20 der Bibliothek der Kommunistischen Internationale THESEN UND RESOLUTIONEN des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921)

BRITISH RESOLUTIONS z. Bericht d. Exekutivkomitees d. Komm. Internationale / Thesen zur Weltkarte und die Aufgaben der Komm. Internationale / Thesen über die Taktik / Resolutionen z. Märzaktion u. über die Lage in der V. L. P. D. / Kampfbuch Nr. Max Noll / Thesen über die Komm. Internationale und die Rolle der Kooperativen / Resolutionen über die Arbeit und den Kampf der Kooperativen / Thesen über die Arbeit der Komm. Internationale und die Taktik der Taktik der Komm. Internationale / Leitlinien über den organisatorischen Aufbau der Komm. Parteien, über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit / Resolutionen zur Organisation der Komm. Internationale / Thesen über die Methoden und Formen der Arbeit unter den Frauen der Komm. Parteien / Resolutionen über die internationale Verbindung der Kommunisten und über das internationale kommunistische Frauenkongress / Resolutionen über die Formen und Methoden der kommunistischen Arbeit unter den Frauen / Resolutionen über die Komm. Internationale und die kommunistische Jugendbewegung / Aufruf des Exekutivkomitees der Komm. Internationale an die Proletarier aller Länder

291 Seiten / Preis broschiert Mark 2.50, gebunden Mark 6.—
Zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung
CARL HOYM NACHF. LOUIS CANNBLY, HAMBURG 11
sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der V. L. P. D.